

Linke und Bürgerallianz vorerst weiter uneins



Fachkonferenz zur Regenwassergebühr mit 60 Teilnehmern und ohne Zweckverbände

Von Steffen Beikirch Langenwolschendorf (OTZ).

Mit einer eher enttäuschenden Resonanz - nur 60 Teilnehmer und kein einziger Wasser-Abwasser-Zweckverband - sowie einer weiter gespaltenen Meinung zwischen der Bürgerallianz und der

Partei Die Linke endete am Samstag die Fachkonferenz zur umstrittenen Niederschlagswassergebühr. Dennoch waren 40 Bürgerinitiativen aus allen Teilen des Landes im Gasthof "Zur Linde" vertreten.

Auch wenn sie in erster Linie der Frustration darüber angetrieben war, dass man nun auch noch dafür bezahlen soll, was ohne menschliches Zutun vom Himmel fällt, verlief der Vormittag sachlich und konstruktiv. Weshalb die Zweckverbände eine Chance vertan haben, sich zu erklären. Auch auf die vom Zeulenrodaer WAZ-Chef Frank Steinwachs angekündigte Podiumsdiskussion zu dem Thema wartet man noch vergeblich, wie Zeulenrodas BIZ-Mitglied Klaus Preußner öffentlich erinnerte.

Im Gebiet des Zweckverbandes WAZ soll die Niederschlagswassergebühr 2009 eingeführt werden, um jährlich 300 000 Euro Betriebs-, Unterhaltungs- und Verwaltungskosten zu decken. Dieses investitionsbezogene Vorgehen, das am Aufwand für Entwässerungsanlagen orientiert ist und zum Ziel hat, jedes Jahr die Summe x hereinzuholen, lehnt die Linke ab. Weil dadurch ihr Verdacht genährt wird, hier sollen nur zusätzliche Einnahmen akquiriert und Finanzlöcher geschlossen - also auch Fehlinvestitionen legitimiert - werden. Eine gerechte Variante der neuen Gebühr sieht man nur dann, wenn die Menge des anfallenden Regenwassers im Mittelpunkt der Berechnung steht. Weil nur so auch ein Anreiz für die Entsiegelung von Flächen und die Versickerung vor Ort gegeben wird. Diese Auffassung will die Fraktion ab Januar in einer Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, wie der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel erklärte.

Während die Linke ihre Akzeptanz also an Bedingungen knüpft, will sich die Bürgerallianz Thüringen weiterhin überhaupt nicht mit dieser Gebühr abfinden. "Die Bürgerinitiativen haben kein Vertrauen zur Landesregierung bezüglich der geforderten Trennung der Abwassergebühren. Die derzeitigen verschiedenen Methoden zur Berechnung dieser Gebühren sind in vielfacher Hinsicht willkürlich und unkonkret und deshalb unbrauchbar. Auch der erforderliche Aufwand dafür steht in keinem Verhältnis zum erzielbaren Nutzen", erklärte Landesvorsitzender Peter Hammen. Die Bürgerinitiativen fordern EU-einheitliche Maßnahmen und verständliche Festlegungen. "Die gegenwärtig bekannten Regelungen zur generellen Einführung der Niederschlagswassergebühr sind wieder so chaotisch wie die Regelungen zu den umstrittenen Zwangsbeiträgen für den Straßenbau und die Abwasserinvestitionen in Thüringen", so Hammen. Immerhin unterstützt die Bürgerallianz den Versuch der Linken, eine Gesetzesinitiative zu starten. Noch aber nehmen die Bürgerinitiativen eine insgesamt recht "radikale Position" ein, wie Landtagsmitglied Frank Kuschel meint. Er erkennt darin die Aufgabenstellung an alle Politiker, sich wieder mehr Vertrauen zu erarbeiten. Kommentar Zurzeit sind die Schotten dicht. Frank Kuschel, Die Linke, über den Standpunkt der Bürgerinitiativen zur Niederschlagswassergebühr

28.10.2007